

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

16. Dezember 1953

94/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. G r e d l e r, K i n d l und Genossen  
an den Bundeskanzler,

betreffend die schweren Beschuldigungen gegen den Landesamtsdirektor von  
Niederösterreich, w. Hofrat Dr. Hans V a n u r a.

-.-.-.-.-

Gegen den Landesamtsdirektor von Niederösterreich, w. Hofrat Dr. Hans Vanura werden seit längerer Zeit in diversen Blättern schwere Vorwürfe erhoben. Es besteht schon seit längerer Zeit der Verdacht, dass Hofrat Dr. Vanura schwere Verfehlungen der ihm unterstellten Beamten deckt, ja der nachforschenden Behörde (Polizei) Beweise vorenthalten bzw. diese sogar an der Amtshandlung (Hausdurchsuchungen) gehindert haben soll. Schon die Stellungnahme des Genannten im Prozess gegen den ehemaligen Bezirkshauptmann von Tulln Dr. Johann Sykora hat Erstaunen erregt. Nunmehr wurden in den Fällen des Bürgermeisters von Allhartsberg (Bez. Amstetten) und des Gemeindegerechten dieser Gemeinde, die beide vom Kreisgericht St. Pölten wegen Amtsverfehlungen zu schweren Kerkerstrafen verurteilt wurden, neuerliche, Hofrat Dr. Vanura belastende Umstände bekannt, ebenso während der Hauptverhandlung vor dem Kreisgericht St. Pölten gegen den ehemaligen Bezirkshauptmann von Amstetten, Dr. Ottokar Simmer und Genossen. Es ist für die Öffentlichkeit kaum begreiflich, dass Hofrat Dr. Vanura angesichts dieser Beschuldigungen, die bereits zu einer Voruntersuchung gegen ihn geführt haben, noch länger im Amte belassen wird.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, die gem. Art. 106 BVG, bzw. § 8 Verf.UG. 1920 für die Bestellung eines Landesamtsdirektors erforderliche Zustimmung der Bundesregierung ehestens zurückzunehmen?

-.-.-.-.-